

# Graz könnte am Sonntag dunkelrot leuchten

Am Sonntag wird in Graz gewählt. Um Platz 2 hinter der ÖVP herrscht Gerangel. Die Kommunisten setzen zur großen Überraschung an.

Von Michael Sprenger

**Graz** – Nach dem vorzeitigen Scheitern der schwarz-grünen Koalition müssen die Grazer am Sonntag vorzeitig zu den Wahlurnen schreiben. Als stimmenstärkste Partei wird die ÖVP unter Bürgermeister Siegfried Nagl hervorgehen. Doch wer wird zweitstärkste Partei? Eine durch innere Querelen beschädigte SPÖ muss hart kämpfen, um den zweiten Platz verteidigen zu können. Streitig gemacht wird ihnen diese Position von den Grünen. Der bei Nagl in Ungnade gefallene grüne Juniorpartner könnte unter der Spitzenkandidatin Vize-

bürgermeisterin Lisa Rucker ebenso den zweiten Platz erringen wie die FPÖ.

Doch in Graz gibt es noch eine weitere Herausforderin. Für die Grazer wäre es nämlich keine Überraschung, wenn die KPÖ das Rennen um den zweiten Platz machen würde. Stadträtin und Spitzenkandidatin Elke Kahr will sich aber von positiven Umfragen nicht anstecken lassen. Ihr Wahlziel ist die Verteidigung des Stadtratsitzes. „Das wird schon schwer genug, da ja der Stadtrat verkleinert worden ist. Also müssen wir wohl zulegen, um unser Ziel zu erreichen“, sagt Kahr der *Tiroler Tageszeitung*. Bei der letzten

Gemeinderatswahl erreichte die KPÖ 11,2 Prozent. Sie musste damals herbe Verluste einstreichen, weil ihr Aushängeschild Ernest Kaltenegger die KPÖ als Spitzenkandidat zurück in den Landtag führte. Doch Kahr hat sich längst Respekt erarbeitet. Sie führte die engagierte Arbeit Kalteneggers und des langjährigen steirischen KPÖ-Chefs Franz Stephan Parteder fort.

Und wie Kaltenegger und Parteder hat auch Kahr mit der Bundes-KPÖ nichts am Hut, sondern mit jenen Menschen, die Hilfe brauchen. Die KPÖ Graz setzt auf soziale Kompetenz: „Im Wohnungsamt haben wir nicht nur in

Wahlkampfzeiten eine offene Tür“, so Kahr. Seit die KPÖ im Jahre 1998 das Wohnungsamt übernommen hat, habe es mehr als 14.000 Gesprächstermine gegeben. Viele kamen mehrmals. Zudem spenden die Kommunisten in der Steiermark transparent einen Großteil ihres Politikergehalts für sozial Bedürftige. Maximal 2000 Euro darf ein KPÖ-Politiker in seiner politischen Funktion verdienen. Elke Kahr wird von allen Gemeindepolitikern die höchste Glaubwürdigkeit zuerkannt. Kahr könnte also die Kommunisten in jene Höhen führen, wo sie unter Kaltenegger schon einmal waren. Bei 20 Prozent.



## Kein Happy End im Kampf um Bleiberecht für Gabriel

Vor fast einem Jahr lernten sich der Asylwerber Gabriel und eine 94-jährige Grazerin kennen: Er half mit, einen Raubüberfall auf die Seniorin aufzuklären. Seitdem bemühte sie sich, die drohende Abschiebung des 32-Jährigen zu verhindern. Vergeblich. Anfang Dezember kehrt Gabriel nach Nigeria zurück, um einer Abschiebung zuvorzukommen. „Ich bin sehr, sehr traurig“, sagte die 94-Jährige.

Foto: ORF

## Viele Länder bei Asylsuche noch säumig

**Wien** – Bei der Unterbringung von Asylwerbern sind fast alle Länder säumig, problemlos erfüllt die Quote derzeit nur Wien, auch Niederösterreich liegt über 100 Prozent – allerdings nur dank der Überbelegung von Trainskirts. Weil das Erstaufnahmehaus wieder aus allen Nähten platzt, wurde beim Asylgipfel vor einem Monat beschlossen, dass mit 1. Dezember 1000 Asylwerber einen Versorgungsplatz in den Ländern bekommen müssen.

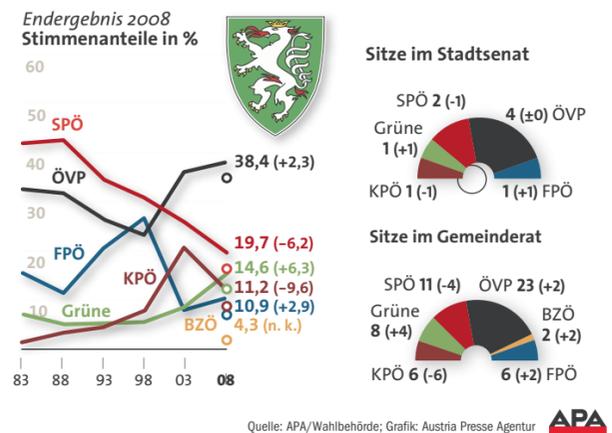
Tirol ist bei der Aufnahme zusätzlicher Asylwerber auf einem guten Weg. 110 Menschen mehr müssen aufgenommen werden, für 81 Flüchtlinge wurde bereits Platz gefunden. Mitte nächster Woche sollen weitere 24 in Dölsach in Osttirol untergebracht werden, so der Flüchtlingskoordinator des Landes, Meinhard Eiter. Schließlich sollen weitere 15 bis 20 nächste Woche in einem adaptierten Wohnhaus in Telfs untergebracht und damit die Zusage erfüllt werden.

Salzburg, Oberösterreich und Kärnten geben dagegen bereits unumwunden zu, dass die Zeit wohl zu knapp wird. Umbauten von sanitären Anlagen oder die Prüfung von Angeboten in Hinblick auf soziale Verträglichkeit sind die Gründe für die Säumigkeit. Kein Verständnis hat man in Oberösterreich für den „künstlichen“ Druck seitens des Bundes. Es sei doch klar, dass Adaptierungen ein wenig Zeit brauchen.

Dem Burgenland fehlen aktuell 22 Plätze, um die Vereinbarung des Asylgipfels zu erreichen. Seit dem Gipfel wurden 36 Personen in Grundversorgung genommen. Vorarlberg kann bezüglich der vereinbarten Aufnahme zusätzlicher Asylwerber grünes Licht geben.

Knapp dran an der Erfüllung der Asylwerberquote von 100 Prozent ist die Steiermark. Sie muss daher laut Vereinbarung vom Asylgipfel auch keine zusätzlichen Quartiere schaffen. (APA)

### Gemeinderatswahl in Graz



Hinter der ÖVP von Bürgermeister Siegfried Nagl könnte die KPÖ und Stadträtin Elke Kahr auf Platz zwei landen.



Fotos: APA/Leodolter

## Streit um Bankenpaket im Nationalrat

**Wien** – Im Parlament zeichnet sich die nächste Kraftprobe zwischen Koalition und Opposition ab. Anlass ist ein kritischer Bericht des Rechnungshofes zum Bankenpaket. Werner Kogler, grüner Vorsitzender des Rechnungshofausschusses, will bei den Beratungen darüber eine Reihe von Auskunftspersonen laden, darunter die früheren Finanzminister Josef Pröll und

Wilhelm Molterer (beide ÖVP). Koglers wichtigstes Argument: Das Bankenpaket koste den Steuerzahler mindestens sechs Milliarden Euro. Da reiche ein zwei- bis dreistündiger Ausschuss nicht aus.

SPÖ und ÖVP lehnen die Ladungen ab. Ohne Einigung will Kogler den Bericht aber nicht auf die Tagesordnung setzen – und so wird der Bericht vorerst gar nicht beraten. (sabl)

## Eis-Lady bekommt Mitgefängene zum Reden

**Wien** – Gefasst nahm Estibaliz C. das Urteil lebenslange Haft und Einweisung in eine Anstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher wegen zweifachen Mordes zur Kenntnis, „ruhig“ sei die erste Nacht danach gewesen. Das sagte Helene Pigl, Leiterin der Justizanstalt Wien-Josefstadt. Es sei zu keinerlei Auffälligkeiten gekommen. Speziell bei spektakulären Kapitalverbre-

chen werden Angeklagte unmittelbar vor und nach der Urteilsverkündung in den Gefängnissen, in denen sie in U-Haft sitzen, psychologisch betreut. Zusätzlich wird darauf geachtet, dass sie nach der Urteilsverkündung in keine Einzelzelle kommen. Das wurde auch bei Estibaliz C. so gemacht. „Sie hatte eine Mitgefängene zum Reden im Haftraum“, sagte Pigl. (APA)

# Jugendliche an der Macht im Hohen Haus

Tiroler Schüler diskutierten im Nationalrat über die tägliche Turnstunde. Auch bei den Schülern fand der Antrag eine Mehrheit.

Von Cornelia Ritzer

**Wien** – Vergangene Woche wurde die tägliche Turnstunde an Schulen und in Kindergärten von allen sechs Parlamentsfraktionen beschlossen. Doch gestern wurde über die regelmäßige Bewegungseinheit erneut heftig diskutiert – und zwar von den Teilnehmern des Jugendparlaments. Zweimal im Jahr lädt Nationalratspräsidentin Barbara Prammer (SPÖ) junge Leute aus allen Bundesländern ein, einen Tag lang in die Rolle eines Abgeordneten zu schlüpfen. Diesmal waren es Tiroler Schüler, die von Bundesratspräsident Georg Keuschnigg in Wien begrüßt wurden. Wie Politik funktioniert und Ge-

setze entstehen, konnten die Schüler der 9. Schulstufen des BORG Innsbruck, des Reithmann-Gymnasiums und der Polytechnischen Schule Prutz erleben.

Das Jugendparlament, das zum zehnten Mal stattgefunden hat, „ist ein Service an die Schulen“, sagte Nationalratschefin Prammer. Aber nicht nur, denn: „Der Tag gibt nicht nur tiefe Einblicke ins Parlament, sondern auch in die Politik.“ So lernen die jungen Leute, eine eigene Meinung zu formulieren und zu schärfen und auch Standpunkte zu vertreten. Aber auch die Erfahrungen, sich mit seiner Meinung in der Minderheit zu befinden oder als Mehrheit mit anderen umzugehen, sei-

en wertvoll, so Prammer: „Das sind die Prozesse, auf die es in der Politik auch ankommt.“

Und ganz wie die echten Politiker fanden zu Beginn Sitzungen der vier fiktiven Klubs (mit den Farben Weiß, Gelb, Violett und Türkis) statt, gezoacht wurden die Schüler von den Abgeordneten Karin Hakl (ÖVP), Kurt Grunewald (Grüne), Angela Lueger (SPÖ), Christian Hörbart (FPÖ) und Stefan Markowitz (Stronach). In der Ausschusssitzung wurden dann die Positionen präsentiert, erste Allianzen geschmiedet und die Ex-Schwimmerin Mirna Jukic um ihre Expertenmeinung gebeten. Schließlich stand die Debatte im Plenum auf der Tagesordnung. „Auch

gesunde Ernährung gehört in den Schulalltag, sagte Raphael Jubke vom gelben Klub. „Sport ist gut für Körper und Geist. Aber es gibt zu wenige Turnsäle, zu wenig professionell ausgebildete Lehrer und die Kosten sind hoch“, argumentierte Melanie Renk vom weißen Klub. Trotzdem zeigte sich ihr „Fraktionskollege“ David Lukasser überzeugt: „Sport bringt Abwechslung und verringert den Schulstress.“

Schmunzeln musste Nationalratspräsidentin Prammer, als sich ein Schüler vor seiner Rede bedankte. „Ein einzigartiges Erlebnis“ sei die Teilnahme am Jugendparlament. So viel Höflichkeit hört man im Hohen Haus sonst selten.



Gestern debattierten die Tiroler Schüler im Nationalratssitzungssaal unter Führung von Präsidentin Barbara Prammer. Foto: Parlamentsdirektion Mike Ranz